



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Martina Fehlner, Klaus Adelt SPD**

Transparenz jetzt! Verbraucherinnen und Verbraucher sollen tierwohlgerecht erzeugte Lebensmittel erkennen können

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bundesratsinitiative „Einführung eines verpflichtenden Labels sowie einer Herkunftskennzeichnung im Rahmen des Tierwohlkennzeichengesetzes“ (BR-Drs. 288/19) des Landes Niedersachsen zu unterstützen.

Diese sieht folgende Maßnahmen vor:

- die zeitnahe Einführung eines verpflichtenden Labels inkl. Herkunftsbezeichnung;
- die unverzügliche Aufnahme der Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation (WTO) und der EU-Kommission;
- die Abstimmung eines staatlichen Tierwohllabels mit dem Haltungskompass des Lebensmitteleinzelhandels;
- die finanzielle Förderung potenzieller Zeichennehmer, speziell mit Blick auf erforderlich werdende Investitionen und
- die Entwicklung einer ressortübergreifenden und mit Tierschutzstrategien der Länder abgestimmten nationalen Nutztierstrategie.

Begründung:

Ein Großteil der Verbraucherinnen und Verbraucher wünscht sich eine Kennzeichnung für Lebensmittel, die Auskunft über das Tierwohl bei der Haltung, dem Transport und der Schlachtung von Nutztieren gibt.

Der Bund hat dazu im Juni 2018 den Entwurf eines Tierwohlkennzeichengesetzes in Form eines Einspruchsgesetzes vorgelegt, das verbindliche Kriterien für Produkte tierischen Ursprungs vorsieht, die über die bereits bestehenden gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung des Tierwohls hinausgehen. Die Verwendung des Tierwohlkennzeichens ist freiwillig und folglich maximal ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Aus unserer Sicht ist eine verpflichtende Kennzeichnung hinsichtlich Tierwohl und Herkunft bei Lebensmitteln tierischen Ursprungs notwendig, um eine angemessene Marktdurchdringung zu erreichen und folglich diesen hochpreisigen Markt für unsere Erzeugerinnen und Erzeuger zu erschließen.